

Bekanntmachung

Aber Bezugsscheine. — Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt- und Strichwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 463). — Vom 31. Oktober 1916.

Auf Grund der §§ 11, 19 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt- und Strichwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 463) bringe ich folgendes zur öffentlichen Kenntnis:

§ 1. Die Bekanntmachung, betreffend die von der Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt- und Strichwaren für die bürgerliche Bevölkerung ausgehenden Gegenstände vom 10. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 463) nebst den hierzu erlassenen Bekanntmachungen vom 13. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 693), 7. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 923), 21. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 938) und 9. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1009) werden aufgehoben.

§ 2. Die Vorschriften der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt- und Strichwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 463) mit Ausnahme der §§ 7, 8 Abs. 6, §§ 10, 14, 15 und 20 finden auf die im nachstehenden Verzeichnis A (Freiliste) aufgeführten Gegenstände keine Anwendung. Als Kleinhandelspreise gelten die nach der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirt- und Strichwaren vom 30. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 214) zulässigen Preise.

Den Krankenanstalten und Krankenkassen mit eigener Verbandstoffniederlage ist es verboten, auf Grund von Nr. 16 des nachstehenden Verzeichnisses A Verbandstoffe ohne Bezugsschein zu erwerben. Die Ausstellung von Bezugsscheinen für sie erfolgt durch die Reichsbekleidungsstelle Abteilung B für Anstandsverforgung auf dem in § 16 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt- und Strichwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 vorgeschriebenen Wege. Die Reichsbekleidungsstelle ist berechtigt, an Stelle einer Erteilung von Bezugsscheinen die unmittelbare Lieferung von Verbandstoffen zu veranlassen.

Verzeichnis A (Freiliste).

1. Stoffe aus Natur- oder Kunstseide. 2. Halbselbene Stoffe, sofern Kette oder Schuß ausschließlich aus Natur- oder Kunstseide besteht. 3. Alle Gegenstände, die abgesehen von Futter und Zutaten ausschließlich aus den unter Nummer 1 und 2 genannten Stoffen hergestellt sind. Für Strümpfe und Handschuhe gelten jedoch die Bestimmungen unter Nummer 4. 4. Strümpfe aus Natur- oder Kunstseide. Halbselbene Strümpfe; darunter sind nur solche zu verstehen, die nach der Fläche mindestens zur Hälfte aus Natur- oder Kunstseide bestehen. Baumwollene Damen-, Knaben- und Mädchenstrümpfe, von denen das Duendpaar weniger als 150 Gramm wiegt. Baumwollene Herrensocken, von denen das Duendpaar weniger als 350 Gramm wiegt. Baumwollene Kindersocken bis zur Größe 8, von denen das Duendpaar weniger als 250 Gramm wiegt. Für durchbrochen gemusterte Strümpfe ist diese Grenze in jedem Falle um je 50 Gramm weniger anzunehmen. Baumwollene Hühner (Erfassfüße). Seidene und halbselbene Handschuhe. Solche baumwollene gewirkte leichte Sommerhandschuhe, die ausschließlich aus 80er einfach oder feinerem Garn hergestellt sind. Dagegen sind alle ganz oder teilweise gefütterten oder doppelgearbeiteten oder geflickten baumwollenen Stoffschuhe bezugscheinpflichtig. 5. Bänder, Kordeln, Schnüre und Lizen. Schnürriemen, Hosenträger und Strümpfbänder. Gürtel aus Gummiband. 6. Spitzen und Besatzstücken. Wäschestücke und bemusterte oder bestickte Tücher, sämtlich nur bis zu einer Breite von 30 Zentimeter. Tapiseriewaren, Polsterwaren für Möbel- und Kleiderbesatz, Taschen mit oder ohne Bügel, Lampenschirme, Canovas und glatte Kongressstoffe sind bezugscheinpflichtig. 7. Mägen, Dauben, Hüte und Schleier. 8. Schirme und Schirmhüllen. 9. Teppiche, Läuferstoffe, ungefüllte Bettüberdecken und abgepaßte farbige Tischdecken. Matragen und fertiggefüllte Inletts, Polsterwaren. Steppdecken sind bezugscheinpflichtig. 10. Möbelstoffe mit Ausnahme der Futterstoffe zu Möbeln und Vorhängen. Gemusterte Wandbeklebung, Gobelins und Gobelinstoffe. 11. Gardinen und Vorhänge, beide, soweit sie abgepaßt gewebt sind. Gemusterte Tüll- und Mullgardinen meterweise. 12. Selbst- (baumwollene Sammete) und solche halbselbene Sammete, die nicht unter Nummer 2 fallen. 13. Baumwollene Stidestoffe, baumwollene gewebte oder gewirkte Spitzenstoffe und baumwollene glatt oder gemustert gewebte undichte Kleiderstoffe. 14. Baumwollene bedruckte undichte Kleiderstoffe. 15a. Wadstrich 15b. Alle Gegenstände, die, abgesehen von Futter und Zutaten, ausschließlich aus den unter Nummern 13, 14, 15 und

15a genannten Stoffen hergestellt sind. 16. Verbandstoffe und Damenbinden. Orthopädische Bandagen. 17. Konfektionierte genähte Weißwaren (ungewaschen), insbesondere Hemden, Mäntel, Hosen, Jacken, Labots. 18. Fertige Fracks, Uniformbesatz. Militär-uniformen, Militärausrüstungsgegenstände (d. h. nur für Militärpersonen verwendbare Gegenstände), Wädelgamaschen. 21. Mit Belz gefütterte oder überzogene Kleidungsstücke. Imitierte Belz-garnituren aus baumwollenem oder wollenem Plüsch, Krimmer oder Astrachan. 23. Fertige Säuglingsbekleidung für Kinder bis zu einem Jahre. Gummiantelagen für Säuglinge. 24. Korsette, soweit sie am 31. Oktober 1916 fertiggestellt waren. 26. Gemusterte weiße Tischzeuge, soweit sie abgepaßt gewebt sind. 27. Reise- und Schlafdecken, sofern der Kleinhandelspreis 50 Mark für das Stück übersteigt. 28. Kragen und Manschetten, Vordächer und Einsätze, Krawatten. 29. Taschentücher, sofern sie der Fläche nach zu einem Drittel oder mehr aus Spitzen bestehen. 31. Schuhwaren. 35. Gummimäntel und gummierte Badeartikel. Der Gummierung steht Ersatzgummierung gleich. 36. Spielwaren aus Web-, Wirt- und Strichwaren, soweit die dazu erforderlichen Stoffe am 2. September 1916 bereits zugeschnitten waren. 37. Gegenstände, deren Kleinhandelspreis nicht mehr als 1 Mark für das Stück beträgt, mit Ausnahme von Strümpfen, Handschuhen, Taschentüchern und Scheuertüchern. Für Stoffe gilt jedoch die Bestimmung unter Nummer 38. Von diesen Gegenständen darf zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als je 1 Stück derselben Ware veräußert werden. 38. Stoffe bis zu Längen von 30 Zentimeter, sowohl Reste wie vom Stück geschnitten, sofern der Kleinhandelspreis für diesen Stoffrest oder dieses abgeschnittene Stoffstück nicht mehr als 1 Mark beträgt. Von diesen Stoffresten oder abgeschnittenen Stoffstücken darf zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als je 1 Stück derselben Ware veräußert werden.

In Fällen, in denen Rabatt auf die Preise gewährt wird, sind die Preise nach Abzug des Rabatts maßgebend.

Alle nach dem 31. Oktober 1916 fertiggestellten Korsette müssen vor der Fertigstellung auf der Innenseite am unteren Rande den deutlich sichtbaren unauswaschbaren Stempel: Nach dem 31. Oktober 1916 fertiggestellt erhalten. Sofort nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung haben sämtliche Fabrikations-, Großhandels- und Kleinhandelsbetriebe, in denen Korsette auf Lager sind, eine Aufnahme zu machen, in der die bei ihnen lagernden Korsette Stück- oder dundweise einzutragen sind. Das Aufnahmeverzeichnis ist mit Datum und Unterschrift des Inhabers abzuschließen, sorgsam aufzubewahren und den Ueberwachungspersonen auf Verlangen vorzulegen. Vor Abschluß dieses Aufnahmeverzeichnisses ist der Verkauf von Korsetten verboten. Jedes verkaufte Korsett ist von dem Aufnahmeverzeichnis abzuschreiben.

§ 3. Bezugsscheine für die im nachstehenden Verzeichnis B aufgeführten Gegenstände können ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung erteilt werden, wenn der Antragsteller durch Vorlegung einer Abgabebescheinigung einer von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Annahmestelle nachweist, daß er dieser ein entsprechendes gleichartiges von ihm getragenes gebrauchsfähiges Oberkleidungsstück entgeltlich oder unentgeltlich überlassen hat.

Auf einem derartigen Bezugsschein muß das Oberkleidungsstück nach dem Wortlaut des nachstehenden Verzeichnisses B mit der dort aufgeführten Preisgrenze angegeben sein. Gewerbetreibende dürfen im Kleinhandel und in der Handweiderei gegen derartige Bezugsscheine nur solche in nachstehendem Verzeichnis B aufgeführte Oberkleidungsstücke veräußern, deren Kleinhandelspreis die dort aufgeführten Preisgrenzen übersteigt.

Das Nähere, insbesondere die Beschränkung der Stückzahl, für die derartige Bezugsscheine ausgestellt werden können, bestimmt die Reichsbekleidungsstelle.

Als Kleinhandelspreise gelten die nach der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirt- und Strichwaren vom 30. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 214) zulässigen Preise.

Verzeichnis B (Bezugsschein gegen Abgabebescheinigung).

1. Fertige Herrenoberkleidung, sofern der Kleinhandelspreis für den Rock- und Gehrockanzug . . . 150,— M.
- „ den Sak- und Sportanzug . . . 130,— „
- „ den Rock und Gehrock . . . 100,— „
- „ die Sakjacke . . . 75,— „
- „ die Weste . . . 25,— „
- „ das Beinkleid . . . 35,— „
- „ den Winterüberzieher . . . 180,— „
- „ den Sommerüberzieher . . . 130,— „

übersteigt.

2. Fertige Damenoberbekleidung, sofern der Kleinhandelspreis

für den Damenmantel	130,— M.
„ den Badischmantel	110,— „
„ das Jadenkleid	160,— „
„ das Wäscheleid	75,— „
„ die wollene Bluse	40,— „
„ die Wäschebluse	30,— „
„ den wollenen Morgenrock	60,— „
„ den Wäschmorgenrock	40,— „
„ das garnierte wollene Kleid	225,— „
„ den Kleiderrock	55,— „

Übersteigt.

B. Fertige Mädchenoberbekleidung für das schulpflichtige Alter und fertige Kinderoberbekleidung für das Alter bis zu 6 Jahren, sofern der Kleinhandelspreis

für den Mantel	75,— M.
„ das wollene Kleid	50,— „
„ das Wäscheleid	30,— „

Übersteigt.

4. Die nach Maß anzufertigende, in Nummer 1, 2 und 3 aufgeführte Herren-, Damen-, Mädchen- und Kinderoberbekleidung, die beiden letzteren für das unter Nummer 3 genannte Alter, sofern die unter Nummer 1, 2 und 3 angegebenen Preisgrenzen überschritten werden.

Die Bestimmungen des vorstehenden Verzeichnisses B für wolle Oberbekleidung gelten auch für Oberbekleidung aus Stoffen, die aus Mischungen von Wolle mit anderen Spinnstoffen, insbesondere mit Baumwolle, hergestellt sind.

In Fällen, in denen Rabatt auf die Preise gewährt wird, sind die Preise nach Abzug des Rabatts maßgebend.

§ 4. An Schneider, Schneiderinnen und Wandergewerbetreibende (Hausierer, Marktreisende, Kleinhandelsreisende) dürfen Waren, die sie für sich im eigenen Namen erwerben, um sie weiter zu verkaufen oder weiter zu verarbeiten, ohne Bezugsschein geliefert werden; Lieferungen an sie sind aber der Beschränkung des § 7 Abs. 1 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 unterworfen.

Sie haben ein Einkaufsbuch einzurichten, sorgsam aufzubewahren und während ihres Gewerbebetriebes ständig bei sich zu führen, in das der Verkäufer die an die Schneider, Schneiderinnen oder Wandergewerbetreibenden abzugebenden Waren, soweit sie der Bezugsscheintragung unterworfen sind, unter Angabe von Stückzahl, Maß, Preis und Verkaufsstag einzutragen hat. Dem Verkäufer ist verboten, vor Eintragung in das Einkaufsbuch die Ware an die Schneider, Schneiderinnen oder Wandergewerbetreibenden auszuhandeln.

Das Einkaufsbuch ist den mit der Ueberwachung der Verkäufe in § 11 der Bekanntmachung vom 10. Juni 1916 betrauten Behörden und Personen jederzeit auf Verlangen vorzulegen und auszuhandeln.

Die Schneider, Schneiderinnen und Wandergewerbetreibenden dürfen bezugscheinpflichtige Waren nur gegen Bezugsschein an die Verbraucher veräußern. Das Einkaufsbuch dient zur Ueberwachung dieser Verpflichtung.

Die Reichsbekleidungsstelle und nach deren näheren Anweisungen die amtlichen Handels-, Handwerks- und Gewerbevertretungen können Ausnahmen von der Bestimmung des Absatz 2 dieses Paragraphen zulassen.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 2 bis 4 dieser Bekanntmachung werden nach § 20 Nummer 1 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 bestraft. Auch kann nach § 15 letzterer Bekanntmachung die zuständige Behörde die betreffenden Betriebe schließlichen beziehentlich die Fortsetzung des betreffenden Wandergewerbes unterlagen.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft. Gegenstände, die bisher bezugscheinfrei waren, aber durch diese Bekanntmachung bezugscheinpflichtig werden, dürfen noch bis zum 30. November 1916 ohne Bezugsschein an die Verbraucher ausgehandelt werden, wenn sie auf Grund einer Bestellung des Verbrauchers bereits am 31. Oktober 1916 in Arbeit genommen waren.

Berlin, den 31. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Delferich.

Ausführungs-Bekanntmachung

der Reichsbekleidungsstelle zu §§ 11 und 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung. Vom 31. Oktober 1916.

Unter Aufhebung der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 3. Juli 1916 (Reichsanzeiger Nr. 157) zur Ausführung des § 11 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung wird nach Gehör des Beirats der Reichsbekleidungsstelle folgendes bestimmt:

§ 1.

Allgemeines.

1. In Zukunft kann nur die Deckung des notwendigen Bedarfs jedes Einzelnen an Oberbekleidung, Strümpfen, Leibwäsche und sonstiger Unterbekleidung, sowie des notwendigen Bedarfs an Web-, Wirk- und Strickwaren für Hauswirtschaft, Handels-Gewerbe- und Industriebetriebe durch Ausstellung eines Bezugsscheins gestattet werden. Es wird daher auf die im Besitz des Antragstellers befindlichen Vorräte sorgfältig Rücksicht zu nehmen sein.

2. Soweit der Antrag in Vertretung oder im Auftrage eines Verbrauchers gestellt wird, kann in der Regel von Erörterung des Vertretungs- oder Auftragsverhältnisses abgesehen werden.

3. Den Behörden, öffentlichen und privaten Krankenhäusern und solchen anderen Anstalten, deren Bedarf nach Anordnung des Reichskanzlers oder der Landeszentralbehörden von der Reichsbekleidungsstelle gedeckt werden soll, dürfen Bezugsscheine nur von der Reichsbekleidungsstelle, nicht durch andere Stellen ausgestellt werden.

4. Bezugsscheine dürfen nur bei auf Grund von § 18 der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 durch besondere Verfügungen damit beauftragten Behörden und die Reichsbekleidungsstelle ausstellen. Alle anderen Behörden, auch Militärbehörden, sind zur Ausstellung von Bezugsscheinen nicht berechtigt.

§ 2.

Besonderes über die Vermutung der Notwendigkeit der Anschaffung.

Die Vermutung der Notwendigkeit der Anschaffung von gewöhnlichen Kleidungs- und Wäschestücken kann angenommen werden:

- a) bei Gründung eines Haushaltes (§ 3),
- b) für Wöchnerinnen und Säuglinge (§ 4),
- c) bei Krankheiten und Todesfällen (§ 5).

§ 3.

Gründung eines Haushaltes.

Es kann während des Krieges nicht als angemessen erachtet werden, daß bei Gründung eines Haushaltes die Aussteuer in der üblichen oft auf ein Menschenalter berechneten Menge beschafft wird. Der junge Haushalt muß sich vielmehr während des Krieges mit einer wesentlich geringeren Menge an Wäsche und Kleidungsstücken begnügen. Vorratsbeschaffung ist also auch in diesem Falle ausgeschlossen, und es dürfen Bezugsscheine nur für solche Gegenstände und nur in dem Umfange gegeben werden, wie sie in dem neuen Haushalte für das erste Jahr gebraucht werden.

§ 4.

Wöchnerinnen und Säuglinge.

Nach § 2 Nummer 23 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 kann fertige Säuglingsbekleidung ohne Bezugsschein gekauft werden. Bezüglich der Säuglingswäsche und der Wäsche- und Kleidungsstücke, die für die Wöchnerinnen erforderlich sind, kann die Notwendigkeit der Anschaffung in angemessenem Umfange ohne weitere Erörterung als gegeben angesehen werden.

Für Kinder von 1—14 Jahren kann eine besondere Vermutung der Notwendigkeit der Anschaffung nicht mehr zugestanden werden.

§ 5.

Krankheiten und Todesfälle.

Bei schweren Krankheiten, die einen besonders starken Verbrauch von Wäsche für den Kranken zur Folge haben, kann auf Grund ärztlicher Bescheinigung ein besonderer über das sonst übliche Maß hinausgehender Bezug von Wäschestücken bewilligt werden.

In Trauerfällen kann zwar ohne weiteren Nachweis der Notwendigkeit für neue Oberbekleidung ein Bezugsschein auf Trauerkleidung gewährt werden, jedoch in keinem Falle mehr als für zwei vollständige Oberbekleidungen.

§ 6.

Besondere Kleidung für kirchliche Feiern und beim Eintritt in einen Beruf.

a) Für die bei der Konfirmation beziehentlich der ersten heiligen Kommunion übliche Keitkleidung kann die Bescheinigung zwar ohne besonderen Nachweis des Bedürfnisses für ein Stück jedes der in Betracht kommenden Kleidungsstücke erteilt werden; es darf jedoch von den zuständigen Stellen erwartet werden, daß sie während der Dauer des Krieges auch ihrerseits auf die Einhaltung größter Sparsamkeit und darauf hinwirken, daß von Beschaffung besonderer Kleidung für diese Zwecke möglichst Abstand genommen wird.

b) Beim Eintritt in einen Beruf kann von Erörterung des Bedürfnisses nur bezüglich der erforderlichen Arbeitskleidung abgesehen werden.

§ 7.

Erleichterung der Beschaffung des Bezugsscheins für neue Oberbekleidung bei Abgabe getragener Stücke.

Nach § 3 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916, soll von der Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung neuer Herren-, Damen-, Mädchen-

oder Kinderoberbekleidung abgelesen werden, wenn der Antragsteller durch Vorlegung einer Abgabebescheinigung einer der von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Annahmestellen nachweist, daß er dieser ein entsprechendes gleichartiges von ihm getragenes gebrauchsfähiges Kleidungsstück entgeltlich oder unentgeltlich überlassen hat. Derartige Bezugscheine dürfen jedoch für dieselbe zu versorgende Person bis Ende 1917 nur erteilt werden:

- a) bei Herrenoberbekleidung bis zu 2 Ueberziehern und 2 vollständigen Anzügen. Dabei gelten der einzelne Rock (bezog. Jace), die einzelne Weste und das einzelne Brilleid als Teile eines vollständigen Anzuges;
- b) bei Damenoberbekleidung bis zu 2 Mänteln, 3 Kleidern, 2 Morgenröden und 2 Nachschlüssen. Dabei gelten die einzelne Bluse und der einzelne Kleiderrock als Teile eines Kleides;
- c) bei Mädchen- oder Kinderoberbekleidung bis zu 2 Mänteln und 3 Kleidern.

Auf einem derartigen Bezugschein ist das dem abgegebenen entsprechende gleichartige Oberbekleidungsstück nach dem Wortlaut des Bescheidnisses B im § 3 der Bekanntmachung des Reichsanzlers über Bezugscheine vom 31. Oktober mit der dort aufgeführten Preisgrenze anzugeben. Hierzu ist nur der Bezugscheinvordruck C zu verwenden, den die Kommunalverbände von der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung unentgeltlich beziehen können.

Die Abgabebescheinigung lautet auf den Namen des bisherigen Trägers des Oberbekleidungsstücks. Sie ist nicht übertragbar. Sie ist von der Ausfertigungsstelle gegen Auslieferung des Bezugscheines abzunehmen und zu vernichten. Die Abgabe des Bezugscheines ist in der Personalliste mit dem Vermerk „Gegen Abgabebescheinigung“ unter Befügung des Namens des bisherigen Trägers einzutragen.

Bis zur Bestimmung von Abnahmestellen durch die Reichsbekleidungsstelle können Kommunalverbände oder Gemeinden Oberbekleidung vorläufig für die Reichsbekleidungsstelle mit deren Genehmigung annehmen. Die erforderlichen Vordrucke können von der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung unentgeltlich bezogen werden.

§ 8.

Besondere Vorschriften über Bezugscheine für Strümpfe, Leibwäsche und sonstige Unterbekleidung.

Für Strümpfe, Leibwäsche und sonstige Unterbekleidung aller Art ist vor Erteilung des Bezugscheines der Nachweis des Bedürfnisses in jedem Fall zu fordern und unter Berücksichtigung der bei dem zu versorgenden vorhandenen Vorräte besonders sorgfältig zu prüfen.

§ 9.

Lieferung von Arbeitskleidung durch gewerbliche Betriebe und ihnen angegliederte Wohlfahrtseinrichtungen.

An die Leitung von gewerblichen Betrieben oder ihnen angegliederten Wohlfahrtseinrichtungen, die ihren Arbeitern oder Angestellten Arbeitskleidung entgeltlich oder unentgeltlich liefern, kann die Bescheinigung unter Berücksichtigung der Beschäftigungsart und der Beschäftigungsdauer während des Krieges, jedoch mit Einhaltung der notwendigen Sparmaßstäbe nach Prüfung des Bedürfnisses ausgestellt werden, soweit nicht für solche Betriebe die Vorschriften in § 2 Ziffer 2 und § 16 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 gelten.

Diese Arbeitskleidung darf nicht an in diesen Betrieben beschäftigte Kriegsgefangene geliefert werden. Für die Beschaffung der Web-, Woll- und Stridwaren, die zur Unterbringung und Bekleidung der Kriegsgefangenen dienen, sorgt die Militärverwaltung.

§ 10.

Beschaffung für Militärpersonen und Kriegsgefangene.

1. Inbetriff der Beschaffung von Strümpfen, Wäsche und sonstigem Unterzeug für Militärpersonen gilt folgendes:

- a) Unteroffiziere (ausgenommen die in Ziffer 2 bezeichneten Klassen) und Mannschaften werden dienstlich hinreichend mit Unterzeug versorgt, so daß in der Regel ein Bedürfnis zur eigenen Beschaffung nicht vorliegt. Wo dies im einzelnen doch behauptet wird, bedarf es hierzu einer Bescheinigung des nächsten Disziplinarvorgesetzten des betreffenden Unteroffiziers und Gemeinen. Bei erstmaliger oder Wiedereinstellung von Unteroffizieren oder Gemeinen ist, da diese Leute bei ihrem Truppenteil vollkommen eingegliedert werden, die Bedürfnisfrage grundsätzlich zu verneinen.
- b) Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinärassistenten, Beamte der Militär- und Marineverwaltung, Beamtenstellvertreter, Musikmeister, Unterärzte, Unterveterinäre, Deckoffiziere, Zeugfeldwebel, Feuerwerks- und Festungsbau-Feldwebel, Offiziersstellvertreter, Oberfeuerwerker, Feuerwerker, Unterzahlmeister, Unterinspektoren und sonstige Gehalt empfangende Unteroffiziere, die sich ihr Unterzeug selbst zu besorgen haben, haben sich gleichfalls, wie unter a) angegeben, die Notwendigkeit der Anschaffung von ihrem nächsten Disziplinarvorgesetzten bescheinigen zu lassen.
- c) Die unter a) und b) erwähnte Bescheinigung des Disziplinarvorgesetzten kann unter Verweisung des Bezugscheinvordrucks B durch Ausfüllung und Stempelung des linken unteren Teils des Bezugscheines erfolgen. Die Ausfertigung der Bezugscheine er-

folgt nur durch eine auf Grund von § 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 bestellte bürgerliche Bezugscheins-Ausfertigungsstelle, wenn die unter a) und b) erwähnte Bescheinigung des Disziplinarvorgesetzten vorgelegt wird. Sie kann aber in Abweichung von § 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 nicht nur durch die Ausfertigungsstelle des Wohnortes der Militärperson, sondern durch jede Ausfertigungsstelle im Deutschen Reich erfolgen; in diesem Falle hat die ausfertigende Stelle der Ausfertigungsstelle des Wohnortes Mitteilung von der Ausfertigung des Bezugscheines zu machen. Vorkartenvordruck Nr. 125 hierzu können Behörden von der Reichsbekleidungsstelle, Verwaltungsabteilung, unentgeltlich beziehen. Die Eintragung in die Personalliste erfolgt nur von der zuständigen Ausfertigungsbehörde des Wohnortes, die Eintragungen in die Warenliste nur von der Behörde, die den Bezugschein ausfertigt hat.

d) In Fällen, in denen eine Bescheinigung des Disziplinarvorgesetzten nicht rechtzeitig beigebracht werden kann, z. B. während eines Urlaubs nach dem Wohnort, gilt der für die Zivilbevölkerung vorgeschriebene Weg, d. h. Prüfung und Ausfertigung erfolgt nur durch die Behörde des Wohnortes nach Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung.

e) Militärpersonen im Sinne dieser Bekanntmachung sind auch diejenigen Angehörigen verbündeter Heere, die sich aus dienstlicher Veranlassung im Inlande aufhalten.

2. Für mehrere Militärpersonen oder ganze Truppenteile dürfen Bezugscheine nicht ausgestellt werden. Dies gilt auch für Liebesgaben.

3. Für Bekleidung, die von den Angehörigen an Gefangene in feindliche Länder geschickt werden soll, ist durch Befragen bezw. durch Einforderung einer glaubhaften Versicherung des Antragstellers, von Briefen des Gefangenen usw. die erforderliche Unterlage für die Ausstellung eines Bezugscheines zu beschaffen.

4. Für in Deutschland untergebrachte Kriegsgefangene feindlicher Länder, die dem Unteroffizier beziehentlich Gemeinenstand angehören, sind Bezugscheine nicht auszustellen. Für Kriegsgefangene Offiziere und Beamte im Offiziersrang können zwar Bezugscheine durch die nach §§ 12 und 13 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 für den Beizel des Gefangenenlagers bestellte zuständige Bezugscheins-Ausfertigungsstelle ausgestellt werden, jedoch nur dann, wenn die unbedingte Notwendigkeit der Beschaffung durch den Kommandanten des Gefangenenlagers bescheinigt ist.

5. Militäruniformen, Uniformbefehle, Militärausdrückungsgegenstände und Widelgamaschen unterliegen nach § 2 Nummer 19 der Bekanntmachung des Reichsanzlers über Bezugscheine vom 31. Oktober 1916 nicht der Bezugscheinspflicht.

6. Rantinen innerhalb des deutschen Reichs, sowohl verpackte wie die von den Truppen selbst bewirtschafteten, sind den Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 unterworfen und dürfen bezugscheinspflichtige Waren nur gegen Bezugschein veräußern.

§ 11.

Ausfertigung des Bezugscheines in dringlichen Fällen.

Nicht nur die zuständige Ausfertigungsbehörde des Wohnortes des Antragstellers, sondern jede Ausfertigungsbehörde im Deutschen Reich ist zur Ausfertigung eines Bezugscheines ermächtigt in folgenden Fällen plötzlichen dringenden Bedarfs, falls die rechtzeitige Beschaffung eines Bezugscheines bei der Behörde des Wohnortes nicht mehr möglich ist:

- a) bei plötzlicher Erkrankung oder bei plötzlichem Witterungswechsel im Falle bestehender Krankheit, wenn durch ein ärztliches Zeugnis nachgewiesen wird, daß die Erkrankung bei Nichterhalt des gewünschten Gegenstandes gefährdet ist;
- b) bei Verlust oder Beschädigung eines Bekleidungsstückes, die den weiteren Gebrauch ausschließt, wenn ein sofortiger Ersatz unbedingt erforderlich, aber nicht vorhanden ist;
- c) bei Todesfällen bezüglich der Trauer- und Totenbekleidung und Sargausstattung.

Die Voraussetzungen unter b und c sind glaubhaft darzutun. In allen diesen Fällen darf nur das unbedingt Notwendigste zubestellt werden.

Die ausfertigende Behörde hat an die zuständige Ausfertigungsbehörde des Wohnortes Mitteilung von der Ausfertigung des Bezugscheines zu machen. Vorkartenvordruck Nr. 125 hierzu können die Kommunalverbände von der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung unentgeltlich beziehen. Die Eintragung in die Personalliste erfolgt nur von der zuständigen Ausfertigungsbehörde des Wohnortes, die Eintragung in die Warenliste nur von der Behörde des Aufenthaltsortes, die den Bezugschein ausfertigt hat.

§ 12.

Ausfertigung des Bezugscheines für deutsche Schiffer und Flößer.

Den deutschen See- und Binnenschiffern und Flößern können die zuständigen Ausfertigungsbehörden des Wohnortes auf Antrag eine Personalkarte ausstellen, die mit Datum der Ausstellung und Stempel zu versehen ist. Gegen Vorlegung dieser Personalkarte ist jede Ausfertigungsbehörde im Deutschen Reich ermächtigt, Bezugscheine für den Inhaber und dessen mitfahrende Angehör-

rigen auszustellen. Diese Ausstellung ist auf der Personalkarte zu vermerken.

Die ausfertigende Behörde hat an die zuständige Ausfertigungsbehörde des Wohnortes Mitteilung von der Ausfertigung des Bezugsscheines zwecks Eintragung in der dort zu führenden Personalliste zu machen. Postkartenwordende Nr. 125 hierzu können die Kommunalverbände von der Reichsbefleidungsstelle Verwaltungsabteilung unentgeltlich beziehen. Die Eintragung in die Warenliste erfolgt nur von der Behörde die den Bezugsschein ausfertigt hat.

Die erstmalig ausgestellte Personalkarte hat die Nr. 1 zu tragen. Ist sie voll ausgefüllt, kann der Inhaber gegen ihre Vorlegung bei der zuständigen Ausfertigungsbehörde seines Wohnortes eine weitere Personalkarte beantragen, die die Nr. 2 erhält usw.

Der Antragsteller hat die sämtlichen ihm ausgehändigten Personalkarten sorgfältig aufzubewahren und sie bei jedem Antrag auf Ausfertigung eines Bezugsscheines zur Prüfung vorzulegen.

§ 13.

Militärische Beschlagnahmen und Veräußerungsbeschränkungen.

Die von den Militärbehörden veröffentlichten Beschlagnahmen und Veräußerungsbeschränkungen werden durch die Bestimmungen der Reichsbefleidungsstelle nicht berührt.

§ 14.

Strafbestimmungen.

Zu widerhandlungen gegen die Anordnungen und Verbote in § 7 Absatz 3 Satz 2 und § 9 Absatz 2 Satz 1 dieser Bekanntmachung unterliegen der Strafanordnung des § 20 Nummer 1 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916; auch kann die zuständige Behörde nach § 15 dieser Bundesratsverordnung die betreffenden Betriebe schließen, beziehentlich die Fortsetzung des betreffenden Wandergewerbes untersagen.

§ 15.

Ausnahmebewilligung.

In der für die §§ 10 bis 12 dieser Bekanntmachung erforderlichen Ausnahmebewilligung von § 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 ist die Reichsbefleidungsstelle durch Verfügung des Reichskanzlers vom 19. Oktober 1916 ermächtigt worden.

§ 16.

Inkrafttreten.

Die Bestimmung in § 10 Ziffer 1c tritt am 1. Dezember 1916 in Kraft. Bis dahin kann die Ausfertigung der Bezugsscheine für Militärpersonen sowohl nach dieser Bestimmung wie nach der bisherigen Bestimmung des § 8 der aufgehobenen Bekanntmachung der Reichsbefleidungsstelle vom 3. Juli 1916 erfolgen.

Die übrigen Bestimmungen der vorstehenden Bekanntmachung treten sofort in Kraft.

Berlin, den 31. Oktober 1916.

Reichsbefleidungsstelle.

Geheimer Rat Dr. Deuker.

Reichskommissar für bürgerliche Kleidung.

Betr.: Den Verkehr mit Web-, Wick- und Strickwaren.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Groh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die vorstehenden Bekanntmachungen sind ortsüblich zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Die betreffenden Gewerbetreibenden sind besonders auf sie hinzuweisen.

Gießen, den 7. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Berichtigung.

Im § 4 Absatz 1 der Bekanntmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 11. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1156) muß es statt „1. August 1916“ heißen „1. November 1916“.

Bekanntmachung.

Betr.: Vertilgung der Fledmäuse.

Die Apotheke in Offenheim (Oberhessen), Inhaber Herr Walter Brück, ist in der Lage, Stuchminbaser, geschält, 0,5 % je 50 Klg. 102,— Mark ab Station Offenheim, zu liefern, Sade leihweise.

Gießen, den 20. November 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Rinde unter der Schafherde zu Staufenberg.
Die Suche ist erloschen; die Sperte wird aufgehoben.

Gießen, den 21. November 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Mündliche Bekanntmachungen der Stadt Gießen.

Betr. Verkehr mit Vollmilch.

Die Versorgung der Stadt Gießen mit Vollmilch durch Milchhändler wird in folgender Weise erfolgen:

- | | | |
|-------|------------------|---|
| I. | Brotmarkenbezirk | Karl Brück, Alsbach. |
| II. | " | Karl Reuschling II., Steinbach. |
| III. | " | Heinrich Schick, Großen-Büsch. |
| IV. | " | Heinrich Gintler, Steinbach. |
| V. | " | Frau E. Forbach, Gießen. |
| VI. | " | Anton Reuschling, Steinbach. |
| VII. | " | Fürstliches Hofgut Lich. |
| VIII. | " | H. Köbus, Gießen. |
| IX. | " | Gerion Kap, Gießen. |
| X. | " | Hofgut Friedelhausen. |
| XI. | " | Katharina Steinmüller, Lang-Göns. |
| XII. | " | Conrad Beder, Malsenheim. |
| | | Ch. Brück, Gießen. |
| | | H. Brückmann, Hof Birklar. |
| | | B. Dalm, Steinbach. |
| | | Molkerei Gebr. Grieb, Gießen. |
| | | B. Arnold, Leihwiesen. |
| | | Molkerei Gebr. Grieb, Gießen. |
| | | Anna Gintler, Steinbach. |
| | | Frau R. Vogel, Gießen, Rodheimerstraße. |
| | | Frau L. Dönges, Heuchelheim. |
| | | H. Charaf, Gießen. |
| | | W. Beder, Malsenheim. |

Wie bereits in der Bekanntmachung vom 15. d. Mts. (Gießener Anzeiger Nr. 271 vom 17. November 1916) veröffentlicht, erfolgt die Belieferung der einzelnen Bezirke nur durch die vorbezeichneten Händler. Der Kauf von anderen Personen ist verboten. Milchzeuger in der Stadt Gießen dürfen ihre Milch nur an die städtische Verteilungsstelle, Molkerei Gebrüder Grieb, Schanzensstraße, verkaufen.

Den Verkäufern von Milch ist es nicht gestattet, während der Versorgung der Vollmilchberechtigten Magermilch mitzuführen. Am Montag, den 27. November, wird Vollmilch nur für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre gegen Vorzeigen der Ausweisarte zum Vollmilchbezug in den Verkaufsstellen der Molkerei Gebrüder Grieb, Schanzensstraße, Bismarckstraße und Blochstraße abgegeben.

Den anderen vollmilchberechtigten Personen wird am 27. d. Mts. kondensierte Milch abgegeben. Die Abgabe erfolgt bezirksweise in den Brotmarkenausgabestellen vormittags von 8 bis 12 Uhr. Wegen Vorzeigen der Ausweisarten zum Vollmilchbezug wird je eine Dose kondensierte Milch zum Preise von 1 Mk. abgegeben. Mehr wie eine Dose kann an einen Haushalt nicht verabschiedet werden.

Der Verkehr mit Magermilch unterliegt bis auf weiteres keinen Beschränkungen, diese kann ohne Milchkarten abgegeben werden. Sobald größere Mengen zur Verfügung stehen, wird eine bezirksweise Regelung erfolgen.

Gießen, den 23. November 1916. 8451B
Der Oberbürgermeister.
Keller.

Die Lieferung von Lungsteinrahmstrüchen zur Herstellung von Einlassungsgräbern auf dem neuen Friedhof soll

Samstag, den 2. Dezember d. J., vormittags 10 Uhr öffentlich vergeben werden.

Zeichnungen, Arbeitsbeschreibung und Bedingungen liegen auf dem städtischen Hochbauamt zur Einsicht offen. Angebote auf Vordruck, der daselbst erhältlich, sind bis zum genannten Termin dorthin einzureichen. — Zuschlagsfrist 14 Tage. 8449B

Auf Antrag der Estol-Aktiengesellschaft in Mannheim ist die Genehmigung zum Vertrieb des Salatbeigusses „Estol“, auf Antrag der Firma Schade & Kallgrube in Frankfurt am Main die Genehmigung zum Vertrieb der Salatwürste „T r i u m p h“ in der Stadt Gießen erteilt worden.

Preisprüfungsstelle der Stadt Gießen.
Leif. 8450B

Das 3. Ziel Schulgeld des Realgymnasiums, der Ober-Realsschule, der Höheren und Erweiteren Mädchenschule und der Gymnasialvorschule für das M. 1916 kann in den nächsten 8 Tagen noch ohne Kosten an die Stadtkasse bezahlt werden. 8450B